

„Deutschland muss Führung der freien Welt übernehmen“

Eine mangelhafte Transformation alter Industrieregionen sei schuld am Wahlerfolg der Populisten in den USA glaubt der US-Politologe John Austin. In Bonn untersucht er Parallelen zur Stärke der AfD

Von Martin Wein

Seit vielen Jahren setzt sich John Austin dafür ein, dass demokratische Länder wirtschaftlich und politisch zusammenrücken. Dass sie gemeinsam technologisch vorangehen, um gut bezahlte neue Arbeitsplätze zu schaffen und autoritären Staaten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Mit 700 anderen Experten hat der Politologe nach eigenen Erfahrungen in seinem Heimatbundesstaat Michigan das transatlantische „Heartlands Transformation Network“ geknüpft, das dabei helfen soll, alten Industrievieren neues Leben einzuhauchen. Genau dort nämlich, ausgerechnet im Kernland linker Arbeiterbewegungen, fänden Rechtspopulisten ihre wesentliche Anhängerschaft.

Im Herbst 2025 sitzt der Wissenschaftler und Politikberater mit gefalteten Händen auf einem Sofa in der Bonner Academy for Foreign Affairs in der Rheinallee. Der vom Land NRW getragene Thinktank hat ihn für ein halbes Jahr als Fellow an den Rhein geholt. Austin ist in den letzten Monaten viel durch Europa gereist, ins autoritär regierte Ungarn ebenso wie ins politisch stabil demokratische Finnland. Kurz vor dem Ende seines Aufenthaltes zieht er Konsequenzen daraus, dass ausgerechnet sein Heimatland nicht mehr die Führungsrolle in der freien, demokratischen Welt innehat. „Wir müssen die USA und die Trump-Regierung wirtschaftlich für ihren Kurs ins Autoritäre bestrafen“, sagt er.

Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft müsse in die Bresche springen und eigene wirtschaftliche Bündnisse der demokratischen Welt ohne die USA anführen – mit der EU, Großbritannien, Kanada und anderen. Nur eine massiv spürbare Wirtschaftskrise in den USA könne Trumps verheerender Politik für sein eigenes Volk und den Rest der Welt ein Ende bereiten, glaubt Austin. Leicht werde das nicht. „Das werden noch dreieinhalb verdammt lange Jahre“, fürchtet er mit dem Blick bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen. Austin ist nicht sicher, ob er diese Zeit vollständig in Amerika verbringen möchte.

Als Babyboomer 1962 in Pennsylvania geboren, hat John Austin zeitlebens im sogenannten „rust belt“ der USA gelebt, zuerst inmitten der Kohleminen von West Virginia, seit 1991 dann in Michigan. Nach dem Master in öffentlicher Verwaltungslehre in Harvard hat er 16 Jahre lang in Michigan als gewählter Vertreter das State Board of Education geleitet, vergleichbar mit einem deutschen Kultusministerium. Für die Brookings Institution, einen wichtigen US-Thinktank, hat er die „Great

Lakes Economic Initiative“ ins Leben gerufen und zudem privat das Michigan Economic Center gegründet. Er ist Senior Fellow am Gettysburgh College. Ein Forscher ganz nach an der praktischen Politik.

Den Übergang von der schmutzigen Schwerindustrie zu smarten Zukunftstechnologien hält Austin für eine Kernaufgabe echter Demokraten. Migration sei dafür ebenso unerlässlich wie internationale Kooperation in einer arbeitsteiligen Welt. „Die Hälfte der Güter, die Trump jetzt besteuern lässt, sind Zwischenprodukte“, erklärt er. Die Produktion von Waren in den USA werde damit erschwert statt gefördert. „Die Idee von einem I-Phone aus den USA ist unmöglich umsetzbar“, glaubt er. Austin erzählt statt dessen von einem weitgehend deindustrialisierten County in Michigan, vergleichbar einem deutschen Landkreis, das freie Studienplätze für alle einführte, die Innenstädte belebte und Startups ansiedelte. Dort wachse die Bevölkerung inzwischen wieder. „Wenn die Menschen aber wieder Optimismus verspüren, weil sich wirtschaftliche Chancen ergeben, verlieren sie das Interesse an politischen Extremisten“, ist er überzeugt.

Was im Ruhrgebiet in 70 Jahren mit einem begleiteten Strukturwandel gut funktioniert habe, dort gibt es heute die höchste Studierendendichte in Deutschland, sei in großen Teilen der USA vollkommen verschlafen worden. So habe ein Populist wie Trump mit einer simplen Botschaft dort die Wähler überzeugt: „Die anderen haben die Wirtschaft ruiniert. Ich werde sie reparieren“. „Dass all seine Aktionen, seine Zoll- und Einwanderungspolitik, seine Maßnahmen gegen Universitäten oder Diversität genau das Gegenteil bewirken, interessiert diese Enttäuschten erstmal gar nicht“, glaubt Austin. Allerdings seien Trumps Beliebtheitswerte dramatisch gefallen, weil sich seine Politik inzwischen finanziell desaströs auf viele Wähler auswirke.

Auch europäische Rechtspopulisten wie Viktor Orbán in Ungarn oder die AfD in Deutschland setzten auf vergleichbare Strategien. In einem noch unveröffentlichten Aufsatz an der Bonner Akademie hat er zusammen mit Emily Adams und Maria Skora die politische Entwicklung zum Extremen in den USA und Deutschland verglichen. Die Parallelen seien erschreckend.

Nach wie vor verfügten die USA aber über die größte leistungsstärkste Forschungslandschaft, in der Entdeckungen und Entwicklungen umgehend kommerzialisiert würden. Ein Vorgehen, das Austin an deutschen Hochschulen weitestgehend vermisst. Hier blieben viele wirtschaftliche Chancen ungenutzt liegen, glaubt er. „Um seine Wirtschaft wieder anzukurbeln, müsste Deutschland hier agiler und pragmatischer werden“, rät Austin.

Für sein Heimatland sieht er noch nicht alle Hoffnung verloren. „Die Gerichte haben Trumps Politik immer wieder in die Schranken gewiesen, nach wenn viele Entscheidungen noch nicht durchgreifen. Auf lokaler und Staaten-Ebene arbeiten die Wahlbehörden zuverlässig.“ Im November 2028 werde es voraussichtlich wieder freie und faire Präsidentschaftswahlen geben. Austin sagt: „Daran kann auch Trump als Präsident nichts ändern“. Mit Nebelkerzen wie Einsätzen der Nationalgarde in Großstädten gegen eine erfunden hohe Kriminalität oder einem möglichen Krieg gegen Venezuela werde er abzulenken versuchen. Ähnliches versuche Orbán in Ungarn mit seinem Ausscheren aus der EU-Unterstützung für die Ukraine.

Dass beiden Autokraten diese Taktik auf Dauer hilft, erwartet Austin nicht. Doch selbst bei Abwahl des Trumpismus sei das internationale Vertrauen in die USA als Führungsmacht der freien Welt dauerhaft zerstört. Da macht Austin sich keine Illusionen. Er sagt: „Das werden wir wohl nicht mehr zurückgewinnen können“.